



Doris Achelwilm

Mitglied des Deutschen Bundestages

Doris Achelwilm, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur
und Medien
Prof. Monika Grütters
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, 31.03.2020

Doris Achelwilm, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.850

Telefon: +49 30 227-73247

Fax: +49 30 227-76893

doris.achelwilm@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bremen:

Doventorstraße 2

28195 Bremen

Telefon: +49 421-1653974

Fax: +49 421-1783980

doris.achelwilm.wk@bundestag.de

Sprecherin für Gleichstellungs-, Queer-
und Medienpolitik

Corona-Soforthilfe für Journalismus, Film- und Medienschaffende

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

wie „systemrelevant“ auch Journalismus und unabhängige Medien sind, zeigt sich aktuell in neuer Dimension. Ich habe positiv zur Kenntnis genommen, dass Sie gleich zu Beginn der Corona-Krise die existenziellen Belange von Journalist*innen und anderen Medien- sowie Filmschaffenden auf die Aufgabenliste gesetzt haben. Sie werden auch die bereits durchschlagenden Probleme vieler Redaktionen, Verlags- und Sendehäuser, von Produzententeams und freien Journalist*innen in großer Bandbreite kennen und bearbeiten. Als medienpolitische Sprecherin der Linksfraktion möchte ich bekräftigen, dass insbesondere freie bzw. nur auf Produktionsdauer beschäftigte Journalist*innen, dass Medien- und Filmschaffende, denen jetzt Aufträge, Drehs und Einkünfte platzen, weiter starke Unterstützung brauchen. Bei fehlendem Anspruch auf Honorarfortzahlung im Krankheits- oder Quarantänefall, durch Ausbleiben vieler „Themen“ und Arbeitsmöglichkeiten werden laufende Kosten und Mindereinnahmen auf unbestimmte Zeit zur echten Belastungsprobe.

Medien im Printbereich oder Rundfunk, denen durch Gewerbeschließungen und Veranstaltungsabsagen Werbeeinnahmen wegbrechen, verzeichnen starke Einbußen. Lokale Hörfunkanbieter, TV-Stationen und Stadtmagazine gehen in den kommenden Wochen von Anzeigenrückgängen von 60 bis 80 Prozent aus. Erste Anzeigenblätter reduzieren ihre Erscheinungstage oder legen Regionalausgaben zusammen. Viele Medienbetriebe sehen mit Sorge, dass ihre redaktionellen Angebote zwar verstärkt in Anspruch genommen werden, aber die Einnahmen in den Keller gehen. Verlagshäuser haben vielerorts bereits Kurzarbeit für ihre Mitarbeiter*innen eingeführt oder angekündigt. In Zeiten erheblichen Bedarfs an journalistischer Arbeit werden zwar teilweise von Arbeitgeberseite aus Kurzarbeitergelder „aufgestockt“ und kulante Lösungen gefunden, an anderer Stelle aber eben auch Gehälter gekürzt, Jobs gestrichen und journalistische Planprojekte



ersatzlos aufgegeben. Es steht zu befürchten, dass Medienvielfalt im Zuge der Corona-Krise abnimmt und etlichen freien Journalist*innen sowie kritischen, kleinen Verlagen mangels Reserven und planbarer Folgenabschätzung finanziell die Puste ausgeht. Auch in deren Sinne sollte das Kurzarbeitergeld gesetzlich auf mindestens 90 Prozent angehoben werden.

Weitere Punkte, die ich exemplarisch stark machen möchte: Medienbetriebe sollten in ihrer journalistischen Vielfalt und regionalen Breite als „kritische Infrastruktur“ anerkannt werden; Mitarbeiter*innen flächendeckend Zugang zur örtlichen Not-Kinderbetreuung bekommen. Ansprüche aus Zahlungen aus dem Infektionsschutzgesetz sollten auch auf Personen übertragen werden, die mittelbar aufgrund von Schutzmaßnahmen Aufträge verlieren. Freischaffende Journalist*innen brauchen flächendeckend beruflichen Bestandsschutz. Die gewährten Zulagen sind nur für wenige eine echte Ausgleichszahlung, da Betriebskosten z.B. von Filmschaffenden und Fotojournalist*innen oft so hoch liegen, dass kaum etwas übrigbleibt – erst recht, wenn in Projekte investiert wurde, die nun nicht mehr stattfinden. Kredite für Solo-Selbständige können in dieser Ausnahmesituation helfen, bleiben aber eine in die Zukunft verlagerte unfreiwillige Last. Es braucht Planungssicherheit und Akuthilfen in Form von Zuschüssen für freie sowie zusätzlich für unständig beschäftigte Journalist*innen, Filmschaffende, Lokalredaktionen und ein nachvollziehbares, berufsgerechtes Antragswesen. Gemeinnützige und genossenschaftliche Verlage, die auf Qualität und solidarisches Wirtschaften setzen, sollten steuerlich entlastet werden. Dringlich sind Soforthilfen für kleine Lokal-TV-Sender und Lokalradios. Sie sind unmittelbar an den Bürger*innen dran, können sachlich und objektiv informieren und wirken Fake News entgegen. Wenn sie wegbrechen, brechen Strukturen der Meinungsvielfalt vor Ort dauerhaft weg. Eine Unterstützung der Vertriebsinfrastruktur für den Printbereich muss neu abgewogen und im Sinne der Absicherung von medialer Teilhabe für die Leser*innen sowie passabler Löhne für die Zeitungszusteller*innen entschieden werden. Medienvielfalt ist bedroht. Es darf nicht passieren, dass Amazon, Microsoft, Google und Co. die Pressevielfalt und Meinungsbildung nach der Krise stärker prägen als ohnehin schon.

Es steht außer Frage, dass die gleichzeitig zu klärenden Baustellen und Hilfebedarfe ungemein groß und in der Tat viele Beschäftigten- und Betroffenenengruppen noch nicht ausreichend abgesichert sind. Auch Journalist*innen, regionale Vertriebsstrukturen, vielschichtige Verlage, unabhängige Zeitungen, Filmschaffende und Rundfunksender dürfen nicht durch Raster fallen, sondern müssen sozial, wirtschaftlich und zur Wahrung qualifizierter Medien- und Meinungsvielfalt geschützt werden. Nicht zu vergessen: Die Bewegungsfreiheit von Journalist*innen muss unter den nötigen Schutzvorkehrungen in



Zeiten von Ausgangsbeschränkungen sichergestellt sein. Über eine Rückmeldung zu laufenden Initiativen und Schwerpunkten im medien- und filmpolitischen Bereich würde ich mich sehr freuen.

Mit den besten Wünschen für Ihre Arbeit und Gesundheit verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Doris Achelwilm". The signature is written in a cursive, flowing style.

Doris Achelwilm